

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Heinz Westphal MdB zum
30. Jahrestag der Grün-
dung Israels.

Seite 1/2

Alfons Pawelczyk MdB:
Die 3. Interparlamenta-
rische Konferenz über
Europäische Zusammenar-
beit und Sicherheit hat
der Entspannungspolitik
Auftrieb gegeben.

Seite 3/4

Eugen Glombig MdB sieht
entgegen den Cassandra-
rufen der Opposition
eine Verbesserung bei
der Rentenfinanzierung.

Seite 5/6

Egon Lutz MdB weist die
Kritik der Länderwirt-
schaftsminister an den
Arbeitsmarktstatistiken
der Bundesanstalt für
Arbeit als ungerecht zu-
rück.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0-22 21) 37 86 11

33. Jahrgang / 90

12. Mai 1979

30 Jahre Israel

Ein Werk der israelischen Arbeiterbewegung

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Wer in unserer Welt nach einem auf Dauer lebensfähigen Modell eines sozialistischen Gemeinwesens sucht, findet es wohl nur in Israel in den dort seit Jahrzehnten sich bewährenden und weiterentwickelnden Kibbuzim. Wer lernen will, wie es gelingen kann, Wüste in blühende landschaftliche Gebiete zu verwandeln, wird in Israel am gelungenen Beispiel seine Studien machen können. Wer die Konzentration wissenschaftlicher Forschung der verschiedensten Fakultäten einschließlich ihrer Querverbindungen auf höchstem Weltniveau an einem Ort antreffen will, wird Rehovot bei Tel Aviv als Vorbild ansehen können.

Auch der Suchende nach einem pädagogisch durchdachten umfassenden Erziehungssystem oder einem die soziale Gerechtigkeit in hohem Maße verwirklichenden Wohlfahrtssystem kann an Israels Beispielen nicht vorübergehen.

Dies alles und noch mehr zeichnet den jüdischen Staat aus, der nun sein 30. Gründungsjubiläum feiert und in seiner heutigen Gestalt - auch wenn die Regierungsmacht seit dem vergangenen Jahr erstmalig in andere Hände übergegangen ist - ein Werk der israelischen Arbeiterbewegung ist.

Doch dieses Israel ist auch ein problembeladenes Land. Der Tag seiner neuen Staatlichkeit nach zweitausend Jahren der Zerstreuung des jüdischen Volkes war auch der Tag des ersten kriegerischen Angriffs seiner arabischen Nachbarn, die den Teilungsbeschluss des von den Briten aufgegebenen Mandatsgebietes nicht akzeptieren wollten. Vier solcher Kriege hat Israel bisher bestehen müssen und terroristische Anschläge

haben das Land und seine Menschen auch in den dazwischen liegenden Zeiten nicht zur Ruhe kommen lassen.

Der Anspruch, Heimstatt für alle jüdischen Menschen sein zu wollen, bedeutete die gewollte und geförderte Aufnahme eines Stromes von jüdischen Bevölkerungsteilen aus mehr als siebenzig Ländern, die meist als arme Flüchtlinge und aus den unterschiedlichsten kulturellen Lebensniveaus nach Israel kamen. Die ganze schöpferische Kraft eines Volkes war trotz der äußeren Bedrohung darauf gerichtet, diesen gewaltigen Integrationsprozeß mit seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Komponenten zu bewältigen.

Daß der notwendige, rapide Industrialisierungsprozeß - noch dazu in einer Zeit, in der die Wirtschaftskraft des Staates in einer fast unerträglich hohen Weise zur Finanzierung der Sicherheitsbedürfnisse eingesetzt werden muß, nicht ohne ständige ausländische Hilfe vorangebracht werden konnte, liegt auf der Hand und macht einsichtig, daß um die Ausgewogenheit der Lasten wegen den Israelis innenpolitische Auseinandersetzungen nicht erspart bleiben.

Dies alles bewältigt der junge, nun dreißigjährige Staat, ohne auch nur einen Moment vom Pfad der parlamentarischen Demokratie abzuweichen und ohne die freie, kritische Meinungsauseinandersetzung in irgendeiner Weise einzuschränken. Israel gibt damit vielen in der Welt ein nachahmenswertes Beispiel. Gerade wenn in der Welt auch in der Zeit um diesen 30. Jahrestag der Staatsgründung herum Israels Politik fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel seines Verhaltens bei dem Versuch, den Nah-Ost-Konflikt zu einem Ende zu bringen, diskutiert wird, ist es wohl wichtig und berechtigt, die Aufbauleistungen, die wirtschaftlichen Probleme und die demokratische Konstitution dieses Staatswesens eines über die Jahrhunderte verfolgten Volkes hervorzuheben.

Unsere guten Wünsche begleiten Israel in das nächste Jahrzehnt seiner staatlichen Existenz, und es ist unsere Verpflichtung - sowohl bestimmt durch unsere nicht ausräumbare Verflechtung in das furchtbare Schicksal der Juden in der Mitte Europas während der Hitler-Herrschaft, als auch bestimmt von unserer Erkenntnis, daß wir Mitverantwortung tragen für eine friedliche Zukunft in der Nah-Ost-Region - für Israel ein Helfer und Partner zu sein.

(-/12.5.1978/ks/ja)

+ + +

Der Entspannungspolitik Auftrieb gegeben

3. Interparlamentarische Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle
des Auswärtigen Ausschusses

Die 3. Interparlamentarische Konferenz über Europäische Zusammenarbeit und Sicherheit wurde von der Interparlamentarischen Union (IPU) in Wien vom 3. bis 9. Mai 1978 durchgeführt. Unter Bekräftigung der Prinzipien und Empfehlungen der KSZE-Schlußakte in Helsinki vom 31. Januar 1975 und des Abschlußdokumentes des Belgrader Treffens 1977 vom 8. März 1978, entwickelte die Konferenz in einer abschließenden Resolution Initiativen und Vorschläge, die über das Ergebnis des Abschlußdokumentes der KSZE-Nachfolgekonferenz von Belgrad hinausgehen. Was in Belgrad nach wochenlangen Verhandlungen, überlagert von Kritik, Anschuldigungen und gegenseitigem Mißtrauen, nicht erreicht wurde, führte hier zu Übereinstimmung und substantiellem Ergebnis.

Wesentliche Leistungen des Belgrader Abschlußdokumentes sind die Feststellungen, daß die Vertreter der Teilnehmerstaaten die "Bedeutung, welche sie der Entspannung beimessen" unterstreichen und, daß Entspannungsmaßnahmen "trotz aufgetretener Schwierigkeiten und Hindernisse fortgesetzt" werden sollen. Hingewiesen wurde auch auf einen "vertieften Meinungsaustausch", sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte, als auch über Fragen der "Vertiefung gegenseitiger Beziehungen", der "Verbesserung der Sicherheit", der "Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa" und der "Entwicklung des Entspannungsprozesses". Auch wurde mit "Entschlossenheit" bekräftigt, die "Bestimmungen der Schlußakte unilateral, bilateral und multilateral umfassend durchzuführen". Schließlich verständigte man sich auf ein weiteres Treffen im November 1980 in Madrid. Detaillierte und substantielle Verbesserungen Ergänzungen und Vorschläge blieben aus.

Das Diskussions- und Verhandlungsklima der 3. Interparlamentarischen Konferenz war gekennzeichnet von Nüchternheit und Sachlichkeit. Man verzichtete weitgehend auf Implementierungskritik (Erfüllungskritik eines Vertrages), was prompt mit gegenseitiger Kooperation und einem Mehr an Konsens honoriert wurde. In Belgrad gegenüber der Sowjetunion nicht durchzusetzende Vorschläge des Westens, fanden jetzt zum Teil

Aufnahme in der Abschlußresolution. Einige Beispiele des nun erreichten machen es deutlich.

- 1/ In Fragen der Sicherheit in Europa werden die Parlamente und Regierungen aufgefordert, "alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Staaten zu gewährleisten, was eine der Grundlagen für eine tiefgreifende Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehung darstellt".
- 2/ In einem umfangreichen Katalog werden Lösungen und Empfehlungen angeboten, um die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt zu verbessern, als Grundlage für mehr Sicherheit und als wichtigem Faktor für Entspannung.
- 3/ Zu Fragen der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen werden konkrete Vorschläge gemacht. Menschliche Kontakte sollen durch "regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, Familienzusammenführung und Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten im positiven Geiste so rasch wie möglich" gestärkt werden.

"Gesuchsteller und ihre Familienmitglieder" sollen weiterhin dieselben Rechte, zum Beispiel hinsichtlich ihres rechtlichen, sozialen und beruflichen Status genießen und denselben Verpflichtungen unterliegen.

Gebühren im Zusammenhang mit Gesuchen sollen weiter gesenkt werden. Der Antragsteller soll über seine Rechte ausreichend informiert werden.

Ausländische Journalisten sollen in ihrer Informationsarbeit verstärkt unterstützt und außerdem freien Zugang zu Informationsquellen haben. Es wird empfohlen, Auslandspresseclubs in den Hauptstädten einzurichten, wo diese noch nicht eingerichtet sind.

Das sind nur wenige Einzelbeispiele der Resolution. Sie machen aber deutlich, daß es in Verhandlungen zwischen den 35 KSZE-Staaten ganz entschieden auf den Geist und Ton der Verhandlungsführung ankommt und dann mehr erreicht wird, als auch Optimisten unmittelbar nach der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad zu hoffen wagten. Ein solches Konferenzergebnis und die Form der Verhandlungsführung bilden günstige Voraussetzungen für Madrid 1980 und geben der Entspannungspolitik Auftrieb. (-/12.5.1978/ks/ja)

Finanzielle Verbesserung am Rentenmarkt

Union ist unfähig zur Lösung der Probleme

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Opposition hat sich bisher geweigert, eine durchgerechnete Alternative zum Entwurf der Koalition für ein 21. Rentenanpassungsgesetz vorzulegen. Das hindert sie offensichtlich nicht, über alternative Entwicklungen der Rentenfinanzen kräftig zu spekulieren. Wer wie die Opposition nicht einmal für den von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen errechneten Konsolidierungsbedarf von 32 Milliarden DM bis 1982 einen finanziell ausreichenden Vorschlag zustande bringt, der bläht mit Vermutungen und Hypothesen den notwendigen Konsolidierungsbedarf nicht auf: Der verstärkt damit das wachsende Ausmaß seiner eigenen Unfähigkeit zur Lösung der Probleme.

Die Opposition kämpft mit dem Rücken zur Wand. Im Juni stehen Landtagswahlen bevor, in denen sie den Rentnern nichts als leere Worte anzubieten hat, während die Koalitionsparteien auf der Grundlage ihres finanziell ausreichenden und sozial ausgewogenen Konzepts feste Rentensteigerungssätze für die kommenden drei Jahre zusagen. Diesen für sie negativen Eindruck will die CDU/CSU mit allen Mitteln korrigieren, und sie geht, wie das von ihr nicht anders zu erwarten ist, dabei nicht zimperlich vor. Sie geht freihändig und im Vorgriff auf die Verhandlungen der Tarifpartner von geringeren Lohnsteigerungen als von der Bundesregierung für 1979 angenommen, aus. Mit diesem simplen Rechentrick stellt sich die Union - die ja wohlgerne ansonsten rechnerische Alternativen ablehnt - den Farbtopf zurecht, aus dem sie das Material für ein Kolossalgemälde weiter drohender Finanzlücken in der Rentenversicherung in beliebiger und willkürlicher Weise schöpft.

Der VDR-Vorsitzende Doetsch hat in der Sachverständigenanhörung im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung als Arbeitgebervertreter gesagt, er halte nichts davon, "Hoffnungen in die Bilanz der Rentenversicherungsträger mit einzusetzen". Das muß gleichermaßen für durch nichts gerechtfertigte Spekulationen um die Lohnsteigerungen im Jahre 1979 gelten, wie sie auf der Mitgliederversammlung des VDR in Stuttgart auch von Herrn Doetsch angestellt worden sind. Im übrigen

hat der VDR auf seiner Mitgliederversammlung die Annahmen von Bundesregierung und Koalition hinsichtlich des erforderlichen Konsolidierungsvolumens bestätigt. Der VDR geht von 30 Milliarden DM Konsolidierungsvolumen aus. Bedauerlich ist, daß in der Presse der Eindruck entstehen konnte, zusätzlich zum Konsolidierungsbedarf, der mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz gedeckt werden soll, entstehe ein neues Finanzloch von 30 Milliarden DM. Die mißverständliche Aufmachung in der Presse entspricht nicht den Tatsachen. Der VDR sollte dies richtig stellen.

Es gibt auch Anzeichen dafür, daß die Annahmen der Bundesregierung im für die Finanzlage der Rentenversicherung positiven Sinne zu korrigieren sind. Die Beitragseingänge im 1. Quartal 1978 sind höher als erwartet ausgefallen. Der Rentenzugang hat sich verlangsamt. Die Schwankungsreserve brauchte im 1. Quartal 1978 nicht ganz so stark in Anspruch genommen zu werden wie im Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung vorausgesehen. Daß sich die Schwankungsreserve seit Ende 1977 auf 21,5 Milliarden DM verringert hat, ist keineswegs Ausdruck einer Trendveränderung, wie es von Seiten der Opposition hingestellt wurde. Vielmehr handelt es sich hierbei um regelmäßig zu Beginn eines Jahres auftretende saisonale Einflüsse bei den Beitragseingängen. Hinzu kommt: Mit dem 1. Januar 1978 ist erstmals das Markenverfahren weggefallen. Die entsprechenden Beiträge werden im Verlauf des Jahres per Überweisung bzw. Abbuchungsverfahren eingehen. Bei den freiwilligen Beiträgen zeichnet sich eine Steigerung der Beitragseingänge von 30 Prozent im 1. Quartal 1978 ab. Und schließlich: Ab Jahresmitte 1978 setzen die Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit für ihre arbeitslosen Leistungsempfänger ein. Dies alles zusammen ergibt entgegen den Kassandrarrufen der Opposition das Bild einer finanziellen Verbesserung.

Von der Opposition werden solche Fakten nicht zur Kenntnis genommen. Das würde ihr Geschäft der Verunsicherung der Rentner nur stören. Vom VDR allerdings ist zu erwarten, daß auf solche Tatsachen auch von seiner Seite vorteilslos hingewiesen wird.

(-/12.5.1978/ks/ja)

+ + +

Ebenso hart wie ungerecht

Kritik der Länderwirtschaftsminister an der Arbeitsmarktstatistik

Von Egon Lutz MdB

Die Länderwirtschaftsminister - so war es der Tagespresse zu entnehmen - hatten sich in dieser Woche in München getroffen und Unbehagen an den allmonatlichen Arbeitsmarktstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit formuliert. Der Vorwurf war ebenso hart wie ungerecht. Der Zahlenspiegel der Bundesanstalt - ergänzt durch zwei Halbjahresuntersuchungen - krankt nicht an zu geringer Datenfülle, sondern daran, daß er eigentlich nie von den Medien, kaum von den Politikern und deshalb auch überhaupt nicht vom einzelnen Bürger ausgewertet wird.

Die Bundesanstalt für Arbeit zeigte Verärgerung. Vizepräsident Helmut Mintz formulierte dieselbe in einem Agenturinterview. Wenn's richtig deutsch weiter verläuft, ist der Augenblick absehbar, in dem sich die Herren Minister über die Kritik aus Nürnberg pickiert, empört, entrüstet zeigen.

Der Arbeitslosenmarkt ist transparenter, als sich die Herren Minister bislang haben vorlesen lassen. Man kennt die Altersstruktur, weiß exakt um Branchen- und Regionalprobleme, bekommt die geschlechtsspezifische Auffächerung geliefert, kennt die Hemmschwelle bei der Vermittlung Behinderter, weiß um die Größenordnung jener, die ein zumutbares Arbeitsverhältnis nicht eingehen und deshalb mit einer Sperrzeit belegt werden und sieht allmonatlich, daß einer Million Arbeitsloser rund 200.000 offene Stellen zur Verfügung stehen. Aus der Statistik ließe sich sogar filtern, daß dem entlassenen Bilanzbuchhalter in Garmisch statistisch ein Arbeitsplatz als Werkzeugmacher in Sindelfingen bei Stuttgart angeboten werden könnte. Oder dem arbeitslosen Holzhauer in der Oberpfalz ein Stellenangebot als Polier in Hamburg.

Solange die Arbeitslosigkeit zur statistischen Größe denaturiert wird, solange muß man erwarten, daß die vorhandenen Daten auch wirklich einmal gelesen und zur Kenntnis genommen werden. Das löst zwar das Problem Arbeitslosigkeit nicht, könnte aber wenigstens einige Betroffene schneller als bislang wieder chancenfähig machen.

(-/12.5.1978/ks/ja)

+ + +